

B O N N

PLANUNG

Im Bundesverteidigungsministerium wird gegenwärtig erwogen, eine Anzahl von Stabsoffizieren wieder zu pensionieren, die erst kürzlich in die Bundeswehr übernommen worden sind. Es handelt sich um Obristen. Für sie, die noch nach dem alten Schema des demissionierten Theo Blank eingestellt worden waren, werden nämlich selbst auf längere Sicht die vorgesehenen Kommandeur-Stellen nicht mehr zur Verfügung stehen, weil Verteidigungsminister Franz-Josef Strauß die Blankschen Pläne revidiert hat.

BULGANIN-BRIEF

Die neuen Töne

Der Botschafter der Sowjet-Union in der Bundesrepublik, Andrej A. Smirnow, war nach 48tägigem Moskau-Aufenthalt knapp 18 Stunden in Bonn zurück, als er bei Konrad Adenauer vorsprach, um den Brief des sowjetischen Ministerpräsidenten Nikolaj Bulganin „Seiner Exzellenz dem Bundeskanzler der Bundesrepublik Deutschland“ zu überreichen.

Unmittelbar vor seiner Moskaureise, am 22. Dezember, hatte der Botschafter den Bundeskanzler das letzte Mal besucht und mit ihm ein Gespräch geführt, das vierzig Minuten dauerte. Damals — zwei Tage vor Weihnachten — hatte Smirnow auch seinen Vertreter, den Gesandten Kudriawzew, mitgebracht, und Konrad Adenauer hatte den Leiter der Länderabteilung im Auswärtigen Amt hinzugezogen, den Freiherrn von Welck. Irgendwelche neuen Gesichtspunkte zur Lösung der deutschen Frage erbrachte jenes vorweihnachtliche Gespräch freilich nicht. Immerhin, die beiden Hauptgesprächspartner hatten bei dieser Gelegenheit doch einen günstigen Eindruck voneinander gewonnen.

Konrad Adenauer meinte damals: „Der Smirnow ist ein sympathischer Mann mit einer lebenswürdigen Art, ganz anders als der verbissene Sorin.“ Smirnow hatte nach jenem Gespräch die Auffassungsgabe des Bundeskanzlers gerühmt und anerkennend gesagt: „Mit seinen 80 Jahren wirkt der Kanzler wie ein Fünfzigjähriger.“

Gleich darauf war Smirnow in seine kalte Heimat abgereist, und als der Bundespräsident am 29. Januar einen Empfang für die ausländischen Diplomaten gab — in der Redoute zu Bad Godesberg —, mußte sich der sowjetische Botschafter von seinem Stellvertreter, dem Gesandten Kudriawzew, vertreten lassen. Bei diesem Empfang in der Redoute nahm Konrad Adenauer den Gesandten Kudriawzew bei Seite und beklagte sich bei dem Sowjetmenschen, daß die Moskauer Regierung so viele Schwierigkeiten mache. Diese Haltung der Sowjetführung sei an dem beklagenswerten Stand der deutsch-sowjetischen Beziehungen schuld, erläuterte der Kanzler.



Brief-Träger Botschafter Smirnow, Ehefrau: Die Übersetzung war zu schlecht

Kudriawzew replizierte unter anderem mit einem Hinweis auf die Brandreden des Bundesverteidigungsministers Franz-Josef Strauß, der die Sowjet-Union von der Landkarte hatte streichen wollen, und zitierte auch das Adenauer-Wort vom russischen „Todfeind“. Der Bundeskanzler beeilte sich, seinem Gesprächspartner zu versichern, das habe er seinerzeit ganz anders gemeint. Er, Adenauer, habe nur sagen wollen, die sowjetische Politik lasse keinen anderen Schluß zu als den, daß Rußland in Deutschland seinen Todfeind sehe. Auf jeden Fall sei er, der Kanzler, an guten Beziehungen zur Sowjet-Union sehr interessiert.

Es ist sehr wahrscheinlich, daß der Sowjetmensch einen Bericht über dieses Gespräch nach Moskau geschickt hat. Dieser Bericht, so wird nun im Auswärtigen Amt angenommen, habe den sowjetischen Ministerpräsidenten bewogen, jenen Brief an Konrad Adenauer zu schreiben, den Botschafter Smirnow am Freitag vorletzter Woche im Bundeskanzleramt überreichte.

Eine deutsche Übersetzung des Bulganin-Briefes hatte Smirnow allerdings nicht mit ins Bundeskanzleramt gebracht. Die sowjetische Botschaft in Bonn hatte zwar einen deutschen Text hergestellt, aber wegen der Eile war er so ausgefallen, daß die Sowjets selbst ihn nicht für korrekt genug hielten. So mußte Smirnow das Dokument mündlich erläutern, wobei er sich eines mitgebrachten Landsmanns als Dolmetscher bediente, obgleich er selbst Deutsch spricht.

Das Gespräch, das sich an die Übergabe des Briefes anschloß, dauerte 52 Minuten und fand nur unter sechs Augen statt.

Konrad Adenauer hatte nicht einen einzigen Mitarbeiter dazu gebeten. Dieser Umstand erschwerte außerordentlich die Klärung einer Frage, die in der letzten Woche unversehens größere Bedeutung bekam: Hatten sich Konrad Adenauer und Andrej A. Smirnow bei ihrem Gespräch darüber geeinigt, wann und unter welchen Umständen der Bulganin-Text veröffentlicht werden sollte?

Der Kanzler hatte — das ist unstrittig — gefragt, was man nun der Presse sagen solle. Konrad Adenauer erinnert sich, er habe sich mit Smirnow geeinigt, der Termin einer Veröffentlichung solle gemeinsam abgestimmt werden. Smirnow und sein Dolmetscher dagegen haben das Gespräch anders in Erinnerung und behaupten, der Sowjet-Botschafter habe keine derartige Abmachung getroffen, sondern sich dafür eingesetzt, den Wortlaut des Briefes bald bekanntzugeben, und dem habe der Bundeskanzler auch zugestimmt.

Der Gang der Ereignisse legt freilich den Schluß nahe, daß die Erinnerung Konrad Adenauers an dieses Gespräch präziser ist. Denn kaum hatten die beiden Sowjetmenschen sein Dienstgebäude verlassen, da gab er den Bulganin-Brief zur Übersetzung an das Auswärtige Amt und betonte, daß ihm an absoluter Geheimhaltung des Textes gelegen sei. So wurden im Auswärtigen Amt von der Übersetzung nur zehn Kopien angefertigt, die man so sorgfältig hütete, daß selbst die zuständigen Referenten der Ostabteilung des Amtes erst am nächsten Tage, dem Sonnabend, sehen durften, was Bulganin dem Kanzler geschrieben hatte.

Natürlich weigerte sich auch der Kanzler selbst, ein Sterbenswörtchen über den Brief

zu verlieren, als er wenige Stunden nach seinem Treffen mit Smirnow zu einer jener Pressekonferenzen antrat, die ihm Felix von Eckardt angesichts des Bundestagswahlkampfes alle vierzehn Tage verordnet, damit die dicken Sonnabendausgaben der deutschen Zeitungen Stoff für kanzlerfreundliche Schlagzeilen haben.

Statt über den Brief von Bulganin zu sprechen, benutzte Konrad Adenauer die Gelegenheit, noch einmal seine neuartige Theorie von einer „Wende in der äußeren Politik in der nächsten Zukunft“ zu verkünden, die er eine Woche zuvor schon in Berlin seinen erstaunten Zuhörern vorgetragen hatte.

„Meine Annahmen“, so sagte Konrad Adenauer, „gründen sich auf folgende Entwicklungen: Zunächst auf die Entwicklung der atomaren Waffen. Die modernen Waffen, die atomaren Waffen, sind, wie Sie wissen, mehr als verheerend. Ein Überraschungsangriff einer Atom-Macht auf die andere scheint ausgeschlossen. Keinesfalls würde ein Überraschungsangriff die angegriffene Macht an einem Rückschlag hindern.

„Daraus ergibt sich, meine Damen und Herren, daß, wenn die atomare Rüstung auf gleicher Höhe steht oder bleibt, eine Verwendung dieser atomaren Waffen doch sehr unwahrscheinlich ist und daß daher im Gegensatz zu den vergangenen Jahren, in denen die Entwicklung dieser atomaren Waffen erst im großen und ganzen begann, eine Besserung der Situation, das heißt ein Zwang zu einer gewissen Verständigung, eintreten wird.“

Nach diesem überraschenden Bekenntnis zur Atom-Koexistenz zählte der Bundeskanzler drei weitere Gründe auf, die nach seiner Ansicht die Regierung Sowjet-Rußlands „zum Nachdenken“ bringen werden: Die Entwicklung in Ungarn und Polen, die nun erwiesene Tatsache, daß ein kommunistisches System keinen wirtschaftlichen Erfolg haben könne, und schließlich der unaufhaltsame Zusammenschluß der freien Völker des Westens.

Für diese verheißungsvolle Prophetie Konrad Adenauers, die in absolutem Gegensatz zu dem sonst von ihm Gewohnten steht, will freilich niemand in Bonn die Verantwortung übernehmen. Sowohl das Auswärtige Amt als auch das Bundespresseamt lehnen die Urheberschaft für diese Theorie ab. Meint Felix von Eckardt: „Das hat der Kanzler sich ganz allein ausgedacht.“ Das Bundespresseamt beeilte sich wenig später zu betonen, diese Kanzlerdoktrin habe keinerlei Zusammenhang mit dem Inhalt des Bulganin-Briefes.

Der Kanzler in der Sonne

Dieses Schriftstück wurde weiterhin geheimgehalten. Man wollte Zeit für eine massive Gegenerklärung gewinnen, weil die CDU-Wahlstrategen sofort geargwöhnt hatten, Bulganin wolle der SPD Schützenhilfe für den Bundestagswahlkampf leisten. Wie weit hergeholt eine derartige Erklärung ist, geht schon daraus hervor, daß man ebenso umgekehrt argumentieren kann: Der freundliche Onkel-Ton Bulganins stärkt die Stellung Adenauers.

Drei Tage nachdem die Note überreicht worden war, gab die Bundesregierung immer noch nichts bekannt. Der stellvertretende Bundespresseschef Werner Krueger — Felix von Eckardt war in Amerika — wurde gefragt: „Wird die Botschaft Bulganins noch in dieser Woche, in diesem Monat veröffentlicht werden?“

Kruegers Antwort war dunkel: „Ich kann im Augenblick folgendes dazu sagen, daß die Prüfung der verschiedenen Gesichtspunkte dieser Botschaft des Ministerpräsidenten Bulganin an den Herrn Bundes-

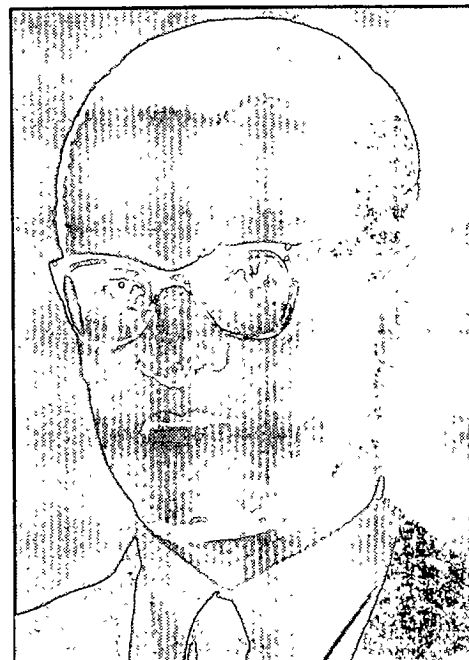
kanzler noch nicht abgeschlossen ist, fortgesetzt wird und je nachdem, wozu man sich entschließt, wird es davon abhängen, wann und ob veröffentlicht wird.“

Frage: „Ist zu erwarten, daß der Absender die Note von sich aus veröffentlicht?“

Antwort: „Ich bin kein Prophet und nicht in der Lage, mich in die Mentalität des Absenders zu versetzen, um zu wissen, welche Schritte er tun wird.“

Der stellvertretende Bundespresseschef Krueger brauchte nach diesem Gespräch keine sechzig Minuten zu warten, bis er über die Mentalität des Absenders aufgeklärt war. Der Rundfunkabhördienst seines Amtes teilte ihm nämlich mit, Radio Moskau habe gerade mit der Veröffentlichung des Bulganin-Textes begonnen.

Nun war mit einem Schlag alle Bonner Geheimnistuerei unsinnig geworden. Das Bundespresseamt rief den Pressereferenten des Bundeskanzleramtes, Karl Wand, an. Aber es dauerte eine Weile, bis Karl Wand den Herrn Bundeskanzler ausfindig gemacht hatte. Die Vorfrühlingssonne hatte Konrad Adenauer zu einem kleinen Spa-



Stellvertretender Bundespresseschef Krueger
Je nachdem — wann und ob

ziergang in den Garten des Palais Schaumburg gelockt. Dort nahm er mit jener Gelassenheit, die schon viele seiner Verehrer an ihm in unangenehmen Situationen bewundert haben, die Mitteilung entgegen. Er sagte mit unbewegter Miene: „Na ja, dann müssen wir den Text auch rausgeben.“

So erfuhr alle Welt aus Moskau und aus Bonn von dem väterlich freundlichen Ton, den Nikolai Bulganin diesmal angeschlagen hatte. Die Ostexperten des Bonner Außenamtes hatten aus dem Text rasch den Bulganinschen Hinweis herausgezogen, „daß alle interessierten Staaten hierzu (zur Lösung der deutschen Frage) ihre Bemühungen vereinen müssen“, was die beamteten Text-Interpreten als Rückkehr zur Viermächte-Verantwortlichkeit deuteten, von der sich Moskau im vergangenen Oktober in seiner Note an Bonn ausdrücklich losgesagt hatte. Bessere Beziehungen zwischen der Sowjet-Union und der Bundesrepublik sind nach Ansicht Bulganins „sehr nutzbringend“ für die Lösung der deutschen Frage, und daß der Brief mit seinen vielen unverbindlichen Gemeinplätzen eine solche Verbesserung wirklich will, darüber sind sich alle Sachverständigen des Außen-

amtes einig. Nur die Motive der Sowjets sind umstritten.

Die zuständigen Beamten dieser Behörde und der Bonner Botschafter in Moskau, Wilhelm Haas, der in Bonn weilt, sind nun dabei, im Licht dieses Schreibens den zukünftigen Kurs der deutschen Ostpolitik neu abzustecken. Schon heute steht fest, daß Bundeskanzler Adenauer den Brief ebenso höflich wie bestimmt beantworten wird. Einzelne konkrete Fragen — wie etwa die Frage des Handelsvertrags, auf den die Russen außerordentlichen Wert legen — sollen auf diplomatischem Wege erörtert werden.

Export über Dritte

In eiliges Schreiben an das französische Außenministerium verließ in der letzten Woche das Bonner Auswärtige Amt. In diesem Brief erbaten sich Außenminister Heinrich von Brentanos handelspolitische Experten von ihren Pariser Kollegen einige Abschriften des Handelsvertrages, der soeben zwischen der Sowjet-Union und Frankreich für drei Jahre abgeschlossen worden ist.

Das Auswärtige Amt in Bonn will den Vertragstext genau prüfen, um alle Anforderungen kennenzulernen, die Moskau an einen Handelsvertrag stellt. Die Frage ist aktuell geworden, seit der sowjetische Ministerpräsident Bulganin in seiner Botschaft an Konrad Adenauer einen solchen Vertrag zwischen Westdeutschland und Sowjet-Rußland als wünschenswert bezeichnete.

Seit die diplomatischen Beziehungen zwischen Bonn und Moskau aufgenommen wurden, haben die Sowjets den Wunsch, einen Handelsvertrag mit der Bundesrepublik abzuschließen. Dieses Ziel zu erreichen, war erklärtermaßen der wichtigste Auftrag des ersten Sowjet-Botschafters am Rhein, Walerian Sorin. Durch mancherlei direkte Kontakte zu westdeutschen Firmen und Verbänden waren die Sowjets eifrig bestrebt, für einen solchen Vertrag Stimmung zu machen, der meistens für drei oder fünf Jahre gilt und in einem umfassenden Vertragstext praktisch alle Details des Wirtschaftsverkehrs, der Schifffahrt und des Rechtsschutzes festlegt.

Die Sowjets hatten immer wieder versucht, mit deutschen Unternehmen — wie Demag, Krupp, Siemens oder AEG — in Verbindung zu kommen. Reisende sowjetische Wirtschaftsexperten versäumten bei ihren Besuchen in Westdeutschland keine Gelegenheit, ihre Gesprächspartner mehr oder weniger deutlich zu einem entsprechenden Druck auf Bonn zu animieren.

Einladungen in die Sowjet-Union trugen dazu bei, das Gespräch über den Handelsvertrag in Gang zu halten. Ende vergangenen Jahres besuchte eine Gruppe von fünfzehn Ingenieuren bekannter Ruhrfirmen Industriewerke in Moskau, Gorki, Tiflis und Swerdlowsk. Vertreter des deutschen Maschinenbaues lud man zur Maschinenbauausstellung in die sowjetische Hauptstadt ein.

Die Sowjets wandten sich vornehmlich an Branchen und Firmen, die in den staatlichen Außenhandelskontoren Moskaus noch von den großen Geschäften während der Weimarer Zeit her gut bekannt sind. Schon in der Note, die im Sommer 1955 den Besuch Bundeskanzler Adenauers in Moskau einleitete, hatten die Sowjets ausdrücklich an jene Jahre erinnert, da „sich unsere beiden Länder eines regen und für beide Seiten vorteilhaften gegenseitigen Handels erfreuten. Der Handel betrug zeitweise bis zu einem Fünftel des gesam-

ten Außenhandels sowohl der Sowjet-Union wie Deutschlands“.

Auf diesen blühenden Handel um 1930 und auf die peinliche Tatsache, daß noch 1941, als der deutsche Rußlandfeldzug schon begonnen hatte, russische Getreidezüge vertragstreue an die Grenzen Ostpreußens rollten, verweisen die Sowjets seit Jahren. Sie haben daran erinnert, seit nach dem zweiten Weltkrieg bei den Tagungen der UN-Wirtschaftskommission für Europa in Genf wieder Wirtschaftsgespräche zwischen ihnen und westdeutschen Vertretern aufgenommen wurden.

Ähnlich wie schon Ende der zwanziger Jahre hatte sich in der Bundesrepublik 1950 ein „Ostausschuß der Wirtschaft“ gebildet. Im Gegensatz zu dem historischen Rußlandausschuß der Weimarer Zeit mußten die neuen Osthandelsexperten allerdings — der veränderten politischen Situation wegen — ständig Kontakt mit dem Auswärtigen Amt in Bonn halten.

Die Bundesregierung widersetzte sich nämlich einem Handelsvertrag mit Moskau. Sie argumentierte, ein derartiger Vertrag setze zumindest „normale“ Beziehungen zwischen zwei Staaten voraus, von denen hier erst dann gesprochen werden könne, wenn Fortschritte in der Frage der Wiedervereinigung erzielt worden seien. Außerdem mochten bei dieser Bonner Zurückhaltung Überlegungen eine Rolle spielen, die ihren Ursprung in der amerikanischen Weltstrategie haben und auf die Spekulation hinauslaufen, daß die wirtschaftlichen Schwierigkeiten der Sowjets eines Tages automatisch zu politischen Konzessionen führen müssen. Folglich dürfe der Sowjet-Union wirtschaftlich nicht geholfen werden.

Ein Verstorbenen schreibt

Im Sommer 1954 luden die Sowjets ihre deutschen Gesprächspartner von den Tagungen der UN-Wirtschaftskommission für Europa in Genf zu einer Informationsreise nach Moskau ein. Wenige Tage vor dem Abflug stoppte ein Anruf aus dem Auswärtigen Amt die Reisevorbereitungen der Industriellen. Bundeskanzler Adenauer, so hieß es, halte die Reise nicht für opportun. Es kostete den heutigen Vorsitzenden des Ostausschusses, Otto Wolff von Amerongen, anschließend einige Mühe, den sowjetischen Gastgebern klarzumachen, daß die Reise leider wegen der Feiern zu seinem Berufsjubiläum ausfallen müsse.

In der Bundestagsdebatte über den Osthandel am 6. Dezember vergangenen Jahres begründete Außenminister von Brentano auf eine Anfrage der SPD den zurückhaltenden Standpunkt des Kabinetts in Sachen Rußlandhandel: „Nach Auffassung der Bundesregierung setzt der Abschluß eines Handelsabkommens mit der Sowjet-Union ein besseres Verhältnis voraus, als es zwischen der Bundesrepublik und der Sowjet-Union leider besteht. Es trifft nicht zu, daß im Moskauer Schlußkommuniqué Verhandlungen über den Abschluß eines Handelsvertrages vorgesehen seien. Im Kommuniqué heißt es vielmehr, daß in nächster Zeit Besprechungen über die Frage der Entwicklung des Handels durchgeführt werden sollen. Wir haben bewußt diese lose Formulierung gewählt.“

Nun hat sich der Warenaustausch in den letzten Jahren auch ohne Handelsvertrag günstig entwickelt. Die Einfuhr* sowjetischer Waren in die Bundesrepublik stieg

▷ von 93,1 Millionen Mark 1954 auf 185,8 Millionen Mark während der ersten elf Monate 1956.

* Die hauptsächlich aus der Sowjet-Union importierten Güter sind Holz, Getreide, Erze, Baumwolle, Flachs sowie Erdöl und Erdölprodukte.

In derselben Zeit erhöhte sich der westdeutsche Export nach Sowjetrußland

▷ von 52,8 Millionen Mark 1954 auf 267,1 Millionen Mark in den ersten elf Monaten 1956.

Tatsächlich wurden sogar noch mehr Waren nach Rußland exportiert, da viele westdeutsche Ausfuhren über dritte Länder gehen. Die Hamburger Firma Ottenser Eisenwerke AG zum Beispiel liefert Schiffskessel nach Finnland. Die Kessel werden dort in Schiffe eingebaut, die in die Sowjet-Union gehen.

Das Handelsvolumen bleibt aber trotz alledem im Vergleich zu den dreißiger Jahren gering. Der umfangreiche Warenaustausch in der Weimarer Zeit, so heißt es im Bonner Auswärtigen Amt, entsprach einer Ausnahmesituation. Tatsächlich war damals jeder Exportauftrag für die deutsche Industrie lebenswichtig. Heute sind alle Kapazitäten der Bundesrepublik voll ausgenutzt.

Experten des Auswärtigen Amtes wollen nun aus dem Bulganin-Brief an Konrad

▷ 18 Personen seien verstorben (eine dieser achtzehn hat inzwischen wieder an die Deutsche Botschaft in Moskau geschrieben),

▷ 118 Personen seien bereits ausgereist,

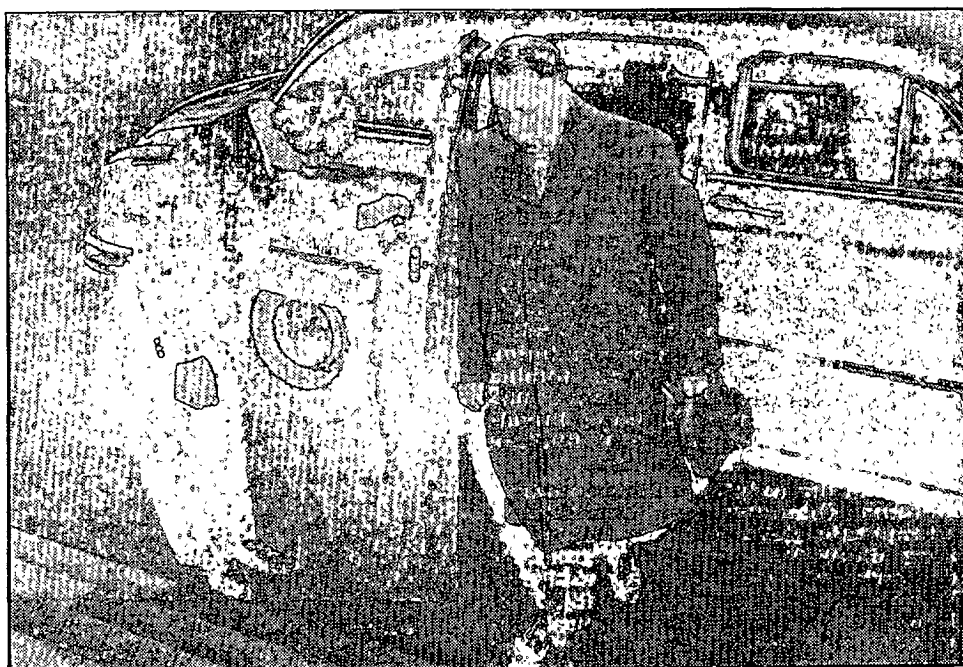
▷ 18 hätten ihr Ausreisevisum,

▷ 3 seien staatenlos und

▷ 330 seien sowjetische Staatsbürger.

Der Vertreter des Botschafters Smirnow in Bonn, Gesandter Kudriawzew, befürwortet nun neuerdings eine Vereinbarung, die den Abschluß eines Handelsvertrages mit einer Einigung über die Repatriierung Deutscher koppelt. Ein solcher Handel hätte sein Vorbild in den Moskauer Abmachungen Konrad Adenauers. Damals, im September 1955, erklärte sich der Bundeskanzler bereit, diplomatische Beziehungen mit der Sowjet-Union aufzunehmen, wofür die Sowjet-Regierung deutsche Kriegsgefangene entließ.

Einzelne Firmen, die das Rußland-Geschäft aus alter Tradition betreiben, meinen, ein Handelsvertrag könne abseits



Stellvertretender Missionschef Kudriawzew: Menschen gegen Waren

Adenauer herausgelesen haben, daß die Sowjets jetzt einen Handel besonderer Art vorschlagen: Wenn Bonn mit ihnen einen langfristigen Handelsvertrag abschließen, dann würden sie die deutschen Staatsangehörigen in der Sowjet-Union großzügig repatriieren.

Bei dieser Heimführung Deutscher gibt es bisher fast unüberwindliche Schwierigkeiten. Die Sowjet-Regierung hat das Versprechen nicht eingehalten, das Bulganin am 13. September 1955 gab und durch das sich Moskau verpflichtete, außer den Kriegsgefangenen jede weitere Person ausreisen zu lassen, die auf Grund deutscher Listen aufgefunden wird, sofern sie die deutsche Staatsangehörigkeit besitzt.

Die Deutsche Botschaft in Moskau hat den Sowjet-Behörden bisher vier Listen mit je tausend Namen von Zivilverschleppten übergeben, die nach deutschem Recht unzweifelhaft die deutsche Staatsangehörigkeit besitzen und von denen man weiß, daß sie in der Sowjet-Union sind. Die Sowjets haben aber bis jetzt erst etwa die Hälfte der ersten Liste überprüft, die am 20. März 1956 abgegeben worden war. Das Ergebnis:

▷ 58 Personen seien unauffindbar,

dieser menschlichen Überlegungen auch der westdeutschen Wirtschaft immerhin eine Reihe von Vorteilen bringen und den Geschäften über den Eisernen Vorhang eine größere Rechtssicherheit geben.

Westdeutsche Schiffe müssen beispielsweise am Kai von Leningrad pro Tonne 5,40 Rubel Gebühren zahlen, Schiffe sowjetischer Handelsvertragspartner nur 1,80 Rubel. Überdies würde ein Handelsvertrag Fragen des Niederlassungsrechts, Liefer- und Zahlungsbedingungen, Schiedsgerichtsbarkeiten und eine Reihe anderer Dinge pauschal regeln, die jetzt bei jedem einzelnen Geschäft mühsam ausgehandelt werden müssen.

Abseits dieser merkantilen Überlegungen bewegen sich jedoch die Gedankengänge des Bonner Botschafters in Moskau, Dr. Wilhelm Haas, der jetzt in der Bundeshauptstadt weilt. Er denkt an die Deutschen in der Sowjet-Union, die bisher zurückgehalten werden. Meinte Haas vergangene Woche in Bonn: „Die Russen haben hier ein Ehrenwort ihres Regierungschefs und ihres Parteisekretärs einzulösen.“

Und weiter Haas: „Vielleicht werden wir bald sehen, wieviel ihnen der Handel mit Deutschland wert ist.“